



Editorial

Der Berg kreite ...

Deutschland rutscht in eine Rezession, die Bundesregierung sieht Handlungsbedarf und hat ein Maßnahmenpaket zur Stützung der wirtschaftlichen Aktivitäten beschlossen. Mit dem Schwerpunkt – Sicherung von Sachinvestitionen – scheint die Orientierung auf die Stärkung der Wachstumskräfte auch in die richtige Richtung zu gehen. Denn anders als bei der Stimulierung des Konsums kehren Investitionsgüter wieder in den Wirtschaftskreislauf zurück, stärken das Produktionspotenzial auf längere Sicht und sichern Arbeitsplätze nachhaltig. Dies ist im Maßnahmenpaket jedoch nur auf den ersten Blick der Fall. Zwar gilt dieser Vorsatz hinsichtlich der Aufstockung der Mittel für Vorhaben im Bereich der kommunalen Infrastruktur und des Verkehrs, auch noch für die Anregung zusätzlicher Investitionen zur Erhöhung der Energieeffizienz von Gebäuden. Aber bereits die beschlossenen steuerlichen Erleichterungen für Unternehmensinvestitionen werfen nicht nur ordnungspolitisch Fragen auf, sondern lassen Zweifel an ihrer Wirksamkeit aufkommen. So sind Investitionen für bewegliche Anlagegüter bereits vor dem Inkrafttreten der Unternehmensteuerreform durch eine degressive Abschreibungsregel vorübergehend begünstigt worden und haben den Investitionsboom im vergangenen konjunkturellen Aufschwung mitbestimmt. Im derzeitigen Abschwung droht dagegen die Unterauslastung der vor kurzem erweiterten Produktionskapazitäten. So dürfte diese degressive Abschreibung ins Leere stoßen und höchstens zum Ende der Befristung wieder Vorzieheffekte auslösen.

Andere Maßnahmen gehen dagegen klar am Investitionsziel vorbei. So wird mit der Steuerbefreiung von Neuwagenkufen eine Branche begünstigt, die in den vergangenen Jahren gut verdient, aber die Innovation in schadstoffarme Fahrzeuge vernachlässigt hat. Warum sollen hier der Staat und damit der Steuerzahler für Fehlentscheidungen der Unternehmen aufkommen, zumal die Anschaffung von Autos mit stimuliert wird, die nicht unbedingt dem neuesten Stand der Technik entsprechen? Hier wird außerdem ein neuer Subventionstatbestand geschaffen, der mitgenommen werden dürfte. Ganz zu schweigen von der geringen Attraktivität dieser Maßnahme vor dem Hintergrund der bereits vorgezogenen Autokufe im Jahr 2006 vor der Anhebung des Mehrwertsteuersatzes. Die Ausweitung der steuerlichen Absetzbarkeit von Handwerkerleistungen kann sogar einen dauerhaft neuen Subventionstatbestand schaffen. Eigentlich sollte die Bundesregierung den Abbau von Subventionen nach der Konjunkturflaute vorsehen.

Was für die Stärkung der Wachstumskräfte aus diesem Paket bleibt, ist denkbar wenig. Die zusätzliche Bereitstellung von Mitteln zur Vermeidung einer möglichen Kreditklemme dürfte zwar finanzielle Engpässe der Unternehmen beseitigen helfen, aber nicht unbedingt zusätzliche Investitionen anregen. Dabei gäbe es genug andere zukunftsweisende Investitionsfelder, wie Investitionen in die Bildungsinfrastruktur und in die Köpfe der Menschen, der wichtigsten Wachstumsressource eines ansonsten rohstoffarmen Landes wie Deutschland. Schließlich ist der Weg in diese Richtung durch die Bildungsoffensive der Bundesregierung doch gewiesen. Aber hier fehlen wohl die Konsequenz und auch der Mut, vorübergehend neue Schulden hinzunehmen. Derzeit gilt: Der Berg kreite und gebar ein Muslein.

Udo Ludwig, Leiter der Abteilung Makroökonomik